

### Vierte ordentliche Generalsynode.

In der gestrigen Sitzung erklärte Präsident Graf Jelen, es sei ihm mitgeteilt worden, daß in einigen Zeitungen die Mittheilung enthalten gewesen sei, daß die Generalsynode vom Kirchenregiment zum Schluß gedrängt werde. Dem mußte er entschieden entgegenstellen. Es werde die Generalsynode nicht eher geschlossen werden, als bis die dringenden Geschäfte erledigt und der Schluß berechtigt sei.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des General-Synodal-Vorstandes. Die Wahl erfolgt durch Juro. Zum Vorsitzenden wird gewählt Graf v. Jelen-Schwerin, zu dessen Stellvertreter Lic. Holzheuer, zu Beisitzern: von Weßell, Prof. Dr. Kahl, Superintendent Pfeifer (Krause bei Magdeburg), von Beckow und Prof. Dr. Hadenburg. Zu Stellvertretern: Superintendent König (Witten), Geh. Rath Kroh (Magdeburg), Geh. Rath Dr. Jörn (Königsberg), Superintendent Dr. Wölting (Ples) und Prof. Dr. Haupt (Halle).

Es folgt die Wahl des Synodal-Rathes, in demselben werden für Pommern gewählt Prof. Dr. Gremer und Superintendent Dr. Sternberg; zu Stellvertretern Geh. Rath Dr. Hildebrandt (Stettin) und Rentier Andrae (Stettin).

Es folgt alsdann die zweite Berathung des Kirchengesetzes betr. die Amtsfähigkeit und Vorbildung der Geistlichen. Einzelne Paragraphen erregen noch einmal eine kurze Debatte, insbesondere die Frage, ob das Studium sieben oder „mindestens sechs“ Semester dauern soll. Ueber diesen Punkt wird namentlich abgestimmt. Die Synode erklärt sich mit 108 gegen 60 Stimmen für „mindestens sechs Semester“. Die übrigen Vorschläge der Kommission werden unanheim angenommen, jedoch der Beschluß der ersten Sitzung, daß das Kirchengesetz von einem „humanistischen“ Synodismus ertheilt sein muß, wieder aufgegeben.

Graf von Windingerode berichtet über den Entwurf eines Kirchengesetzes betreffend die mit der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen in Verbindung stehenden deutschen Kirchen-Gemeinden außerhalb Deutschlands. Die Synode spricht dem Evangelischen Ober-Kirchen-Rath den Dank für seine darauf bezügliche Mittheilung aus. Zu dem Gelegenheitswort selbst spricht Prof. Weyßlag den Dank für die Thätigkeit des Evangelischen Oberkirchenraths auf dem Gebiete der Diaspora aus. Der Gelegenheitswort selbst wird nach kurzer Debatte in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Es folgt der Bericht der Kommission über die Mittheilung des Evangelischen Ober-Kirchenraths, betreffend die Stellungnahme des Geistlichen zu der sozialpolitischen Bewegung. — Berichterstatter Ebn. v. Weyher begründet folgenden Antrag: „Synode beschließt die Wahrung des Evangelischen Oberkirchenraths an, daß gegenüber den die Gegenwart erfüllenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen jede in diese eingreifende Thätigkeit der Diener und Organe der Kirche ihre unverrückbare Schranke und Richtschnur in dem Verufe findet, den Seelen Seligkeit zu schaffen und demgemäß die Verhütung des lebendigen Glaubens an das Evangelium in der Gemeinde zu fördern, die in diesem Glauben Wandenden zu stärken, die von ihm Abgefallenen wieder zu gewinnen. Sie verkennt nicht die staatsbürgerliche Befugnis der Geistlichen, sich an den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnissen im öffentlichen Leben zu betheiligen, betont aber mit Nachdruck die Pflicht derselben, dabei stets und an erster Stelle die Rücksicht auf ihr Amt und das zu dessen Führung erforderliche Vertrauen der Gemeindeglieder zu berücksichtigen, und erklärt es insbesondere für geboten, daß sich die Geistlichen von einer mit der Würde und den Pflichten ihres Amtes nicht vereinbaren agitatorischen Thätigkeit, wie sie der Fall vom 16. Dezember 1895 im Auge hat, fern zu halten.“

Herr Hofprediger A. D. Stöcker tritt dem Antrag entgegen, doch wird derselbe schließlich mit großer Majorität angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag.

### Aus dem Reich.

General der Infanterie von Winterfeld, kommandirender General des Gardekorps,

### Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

### Zur Reichs-Hypothekenbankgesetz-Novelle

theilt der Verbandsvorsitzende, Herr Prof. Dr. Glöckel mit: Von Seiten des Zentralverbandes ist i. Zt. an das Reichsjustizamt das Ergehen gerichtet worden, zur Berathung über die reichsgesetzliche Regelung des Hypothekenbankwesens auch Vertreter des städtischen Grundbesitzes zur gutachtlichen Aeußerung zuzulassen. Diefem Ersuchen ist stattgegeben worden, und nach mündlichen Verhandlungen mit dem Untergruppen sind außer diesem die Herren Dr. Bettersdorf-München als Vertreter Süddeutschlands, Dr. von Grafen-Rhein als Vertreter der westlichen Provinzen Preussens, Stock-Breslau und Colles-Stettin als Vertreter der östlichen Provinzen Preussens zu einer Konferenz am Mittwoch, den 24. November, eingeladen worden und haben sämtlich an dieser Konferenz theilgenommen. In derselben war außer dem Vertreter des Reichsjustizamts auch der Vertreter des preussischen landwirtschaftlichen Ministeriums anwesend. In einer am Dienstag, den 23. v. M., abgehaltenen Vorbesprechung, zu welcher als Vertreter des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine Herr Rechtsanwalt Giese und außerdem Herr Dr. Graßmann-Stettin erschienen waren, wurden die sämtlichen Paragraphen des Gesetzesentwurfes eingehend besprochen und die Vertretung der von Seiten des Grundbesitzes zu machenden Vorschläge in der Konferenz an die einzelnen Herren verteilt.

In der Konferenz im Reichsjustizamt, welche fünf Stunden in Anspruch nahm, machte die wohlwollende und eingehende Erörterung der von den Vertretern des Grundbesitzes aufgeworfenen

ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches unter Befassung in dem Verhältnis als Generaladjutant mit der geistlichen Pension zur Disposition gestellt und Generalleutnant von **Bock und Polach**, Kommandeur der 20. Division, unter Beförderung zum General der Infanterie, zum kommandirenden General des Gardekorps ernannt. — Gestern ist in Folge eines Verzeichnisses plötzlich im 53. Lebensjahre der königliche **Ober-Regierungs-Rath Kolbe** gestorben. Derselbe hat seit dem 1. Dezember 1881 der königlichen Eisenbahn-Direktion Berlin als Mitglied angehört, seit dem 1. April 1895 die Stelle des Oberregierungs-Rathes bei derselben bekleidet und war mit der Vertretung des Präsidenten betraut worden. — Der in liberalen Kreisen bekannte Landtagsabgeordnete des hessischen Landtages **Bürgermeister Jenge** in dem Städtchen Heilsberg starb am 9. v. M. ein seltenes Doppelfest: seinen achtzigsten Geburtstag und zugleich sein zehnjähriges Jubiläum als Bürgermeister. — Zu Ehren des aus dem Amte schiedenden **Oberpräsidenten Dr. von Bennigsen** veranstaltet der Provinzialausschuß in Hannover während seiner Tagung in nächster Woche am 16. Dezember ein Festessen. — Der Sohn des **Fürsten Schönburg-Waldenburg** auf Ganersdorf ist bekanntlich vor einigen Jahren zur katholischen Kirche übergetreten. Er hat jetzt der Diözesanversammlung der Eparchie Meissen die Anregung gegeben, sich der von den Dresdener Kirchenvorständen abgegebenen Protesterklärung gegen die Canisius-Exkklita anzuschließen. Die Konferenz hat der Anregung einstimmig entsprochen. — Die bairische Staatsregierung holt Gutachten darüber ein, ob und wie die **Zwangserziehung von Kindern**, die vor dem 12. Lebensjahre eine strafbare Handlung begangen haben, einzuführen sei. — In der gestrigen Sitzung der badischen Zweiten Kammer stellte Abgeordneter Eng im Namen der Budgetkommission an die großherzogliche Regierung die Anfrage, ob die Gerichte, die eine Gefährdung der Selbstständigkeit bedenkend auf dem Gebiete des **Eisenbahnwesens** in sich fühlten, begründet sind. Minister von Broder erwiderte, daß mit Preußen wegen Uebernahme der Main-Neckarbahn Verhandlungen nicht stattgefunden hätten. Gensowenig hätten Verhandlungen stattgefunden über die badischen Bahnen. Die großherzogliche Regierung habe nicht die Absicht, die Selbstständigkeit der großherzoglichen Staatsbahnen in irgendwelcher Form aufzugeben. — Das „**Pol. Tagebl.**“ merkt, daß der wegen seines Vorgehens gegen die Deutschen vielgenannte **Probst Andersz in Sumpia** von seinem Pfarramt zurückgetreten ist. — Die holländische Regierung zu Den Haag bewilligt 2.200.000 Mark zum Bau eines **Schlacht- und Viehhofes**.

### Deutschland.

**Berlin, 14. Dezember.** Im konservativen Lager herrscht offenbar betreffs des Verhältnisses zu den Antisemiten und demgemäß auch zur Leitung des Bundes der Landwirthe die äußerste Verwirrung. Am Sonntag vertrat die „**Kreuzzeitung**“ in dieser Beziehung diejenige Stimmung, welche auf dem brandenburgischen Parteitag, im Gegensatz zu allen unmittelbar vorhergegangenen Kundgebungen, hervorgetreten war, insbesondere auch die Auslieferung des jetzt konservativ vertretenen Wahlkreises Potsdam-Strehovand an die Antisemiten; am Montag Abend aber schreibt dieselbe „**Kreuzzeitung**“:

„Ueber die Aufstellung eines Reichstagskandidaten im Wahlkreis Potsdam-Spanbau-Strehovand an Stelle des bisherigen Vertreters Faktors Schall in Altdorf, der auf die Wiederannahme eines Mandats berichtet hat, sind in den letzten Tagen zwischen den staatskonservativen Parteien erneut Verhandlungen gepflogen worden, die aber noch zu keinem definitiven Abschluß gekommen sind. Der von uns bereits erwähnte Vorschlag einer Abtretung dieses Wahlkreises an die deutsch-sozialistische Reformpartei unter der Bedingung des Eintretens der letzteren für den konservativen Kandidaten im Nachbarkreise Teltow-Deeseow-Storkow ist durch das energische Votum der Vertrauensmänner besonders aus Spanbau-Strehovand abgelehnt und endgültig aufgegeben worden. Es wird an der Aufstellung eines gemäßigten konservativen Kandidaten von Seiten der

### Zur Haftpflicht der Hausbesitzer.

Der folgende endgültig entschiedene Fall giebt wieder eine der Lehren, die Hausbesitzer sich merken sollen. Ein Berliner Hausbesitzer hatte nach polizeilicher Vorchrift im Winter seine nach der Straße ausliegenden eisernen Stellerklappen mit Sackelwand überzogen, um das Ausgessen von Menschen darauf zu verhindern. Eines Tages fuhr ein mit langen Brettern beladener Wagen die Straße entlang, und bei einer Biegung freiteten die hinten über den Wagen weit hinausragenden Bretter mit ihren Enden über den Stellerkappen, wobei sie ein gutes Theil des Sackelwandüberzuges wegriß. Nach einiger Zeit passierte ein junger Mann dieselbe Stelle, giht auf dem nun nicht mehr bedeckten Theil der eisernen Stellerklappen aus, und fiel so unglücklich auf den Kopf, daß man den Verunglückten am Boden Liegenden forttragen mußte. Wie sich ergab, war der Verunglückte ein junger Bauarbeiter, der kurz vor seinem Examen als Baumeister stand. Obgleich wurde durch ärztliche Gutachten festgestellt, daß er so schwer verletzt worden, daß er zu seinem Berufsleben für immer untauglich erkrankte. Der gegen den Hausbesitzer angebrachten Klage auf Entschädigung ist seitens des Gerichts Folge gegeben. Gegenüber dem geltenden Polizeigesetz giebt es Pflicht des Hausbesizers, sich jeder Zeit so anzureichen um seine Obliegenheiten als solcher zu bekümmern, daß ein ordnungswidriger Zustand in oder am Hause nicht bestehen könne. Was die Höhe der Entschädigung anbelangt, so ist es zwar fest, daß der Verunglückte ein dienstliches Einkommen, also eigenen Erwerb, zur Zeit nicht befehlen habe, es sei jedoch nach dem bisherigen Verlaufe seiner Karriere und den Zeugnissen mit Sicherheit anzunehmen, daß er die Prüfung als künftiger Baumeister würde bestanden haben. Es sei auch zu berücksichtigen,

konserbativen, freikonservativen und der national-liberalen Partei festgehalten werden in der Hoffnung, daß, nachdem es gelungen ist, die geeignete Persönlichkeit zu gewinnen, auch die Reformpartei sich zu einem Zusammengehen mit den genannten Parteien entschließen wird.“

Das lassen wir vorläufig dahingestellt; zunächst heißt es bei den konservativen betreffs der erwähnten parteipolitischen Beziehungen offener: Anordnung, Gegenanordnung, Umordnung.

Der deutsche Vorkämpfer in Paris ist durch die Abberufung Wofrenheims der Doyen des dortigen diplomatischen Korps geworden, und dies hat einem französischen Organ, dem „**Matin**“, Veranlassung zu einer Reihe kindlicher Bemerkungen gegeben, wie sie in der Presse der sich selbst für das geistreichste der Völkler haltenden Nation nicht gerade selten sind, so oft es sich um Deutschland handelt. Die „**Münchener Neuest. Nachr.**“ bemerken dazu: „Diese Leistungen unfreiwilligen Humors können aber doch bei einem so leicht erregbaren Volke, wie es unsere westlichen Nachbarn nun einmal sind, zu allerlei Verdrüßlichkeiten führen; und unter diesem Gesichtspunkte hat das einsichtige Geschwätz des „**Matin**“ mehr Bedeutung, als es in einem anderen Lande haben würde. Im Uebrigen sollten selbst in auswärtigen Dingen so unvorsichtige Blätter, wie es im Allgemeinen die französischen sind, nicht jetzt schon die allbekannten Gründe vergessen haben, aus denen Herr Verbeete den Berliner Posten ausgeben mußte. Die Zustimmung, Deutschland möge den Grafen Münster jetzt abberufen, nachdem und weil er Doyen des diplomatischen Korps in Paris geworden ist, würde eine so unerhörte Annahme sein, daß sie das Auswärtige Amt veranlassen könnte, die Frage zu erörtern, ob man nicht lieber auf eine diplomatische Vertretung durch einen Vorkämpfer in Paris verzichten sollte, als sich vorzeichnen lassen, welche Stellung der deutsche Vorkämpfer nach den Wünschen französischer Revanchepolitiker einzunehmen hätte.“

Die „**Mordb. Allg. Ztg.**“ giebt die Hauptstellen eines Artikels des „**Journal des Debats**“ wieder, der in längeren Ausführungen sich zu einer freundlich anerkennenden Beurteilung anderer sozialistischer Politik verhält. Die „**Mordb. Allg. Ztg.**“ fächelt, es wäre dankbar anzuerkennen, daß das angelegene Pariser Blatt einen so ruhigen, realpolitischen Standpunkt einnehme. Im fernsten Osten wäre Platz für alle europäischen Mächte, die die Aufgabe der nicht mehr fern Zukunft darin erblicken, die Errungenschaften unserer Kultur gemeinsam dort zu vertreten.

Die preussisch-hessische Eisenbahn-Direktion Mainz verhandelt, nach Mainzer Blättern, folgenden geheimen Erlaß, datirt vom 3. Dezember: „An die Betriebsinspektoren und Stationsvorstände. Von den aus fremden Direktionsbezirken in den hiesigen Bezirken überweisen preussischen Beamten wird vielfach darüber geklagt, daß ihnen auf den in Hessen gelagerten Strecken seitens der gleichstehenden, sowie der unterstellten Beamten wenig Entgegenkommen gezeigt wird. Ein derartiges Verhalten entspricht nicht dem Geiste der Gemeinschaftsverwaltung und den Zwecken, welche die preussische und hessische Regierung bei Errichtung der Betriebs- und Finanz-Gemeinschaft verfolgten. Die Inspektionsvorstände, sowie die Vorstände der Stationen werden daher angewiesen, mit Nachdruck darauf zu halten, daß den in den Bezirk Mainz kommandirten oder versetzten preussischen Beamten, welche zum Theil an den wichtigsten und verkehrsreicheren Strecken beschäftigt werden und daher einen besonders schwierigen und anstrengenden Dienst zu versehen haben, ihre verantwortungsvolle Aufgabe nicht unnötig Weise erschwert werde. Selbstverständlich wird auch von den preussischen Beamten neben strengster Pfllichterfüllung ein verständnisvolles und entgegenkommendes Verhalten erwartet. Die unterstellten Beamten sind von dieser Verfügung in Kenntnis zu setzen. gez. Breitenbach.“

Ueber den Abzug des unter dem Vefehle des Kapitanleutnants Koch stehenden deutschen Detachements von Korea wird d. „**Pol. Kor.**“ nach berichtet:

„Nachdem das deutsche Kriegsschiff „**Kaiserin Augusta**“ in Korea eingelaufen war, begab sich eine Abtheilung Matrosen aus Land, um zusam-

men mit der hier stationirten Abtheilung die deutsche Flagge von der Bastion einzuholen. Dort waren zu diesem Alte der Kommandant des genannten Schiffes, Kapitän z. S. Köhler, der Kommandant der internationalen Truppen, Amoretti, viele andere Offiziere, sowie der mit der Wahrung der deutschen Interessen auf Korea betraute Generalkonsul Winter erschienen. Nachdem die deutsche Flagge von sämtlichen Truppenabtheilungen salutirt worden war, begab man sich auf den Landungsplatz, wo inzwischen je eine Halbkompagnie der fremden Truppen, sowie eine Kompagnie türkischer Soldaten mit Musik Aufstellung genommen hatte, und eine große Menschenmenge angeammelt war. Kapitän z. S. Köhler richtete freundliche Abschiedsreden an den Kapitän Amoretti und den österreichisch-ungarischen Generalkonsul, während der Bürgermeister von Korea, Hadri Bey, an den Kommandanten des deutschen Schiffes eine Ansprache hielt, worin er dem Bedauern über den Abgang des deutschen Detachements, das sich durch seine musterhafte Disziplin bei der Bevölkerung große Sympathien erworben habe, Ausdruck gab. Sodann besprachen einige Majoratbeiräte zum Zeichen der Ehrung die deutschen Offiziere und die Mannschaft mit Rosenwasser. Nach einem dreimaligen „Hurrah“ der eingeschifften Mannschaft auf sämtliche Truppen begab sich Kapitän Köhler an Bord der „**Kaiserin Augusta**“, die hierauf nach Kula abdampte.“

Der Abg. Reichsde. (liberal) hatte im Reichstage am 24. März d. J. den Wunsch ausgesprochen, daß der Volksvertretung eine Statistik über die Arbeitslöhne, die die Arbeitszeit und die Arbeitsruhe des in den Marinebetrieben beschäftigten Personals, sowie über die Durchführung der Sozialgesetzgebung im Bereiche der Marineverwaltung und die dafelbst vorhandenen Wohlfahrtsanstalten vorgelegt werde, worauf von Regierungsside eine Zusage erfolgt war. Der Staatssekretär Tzipis hat in Erledigung dieser Zusage eine entsprechende Zusammenstellung jetzt dem Reichstage übergeben. Wir geben daraus Folgendes hervor:

An Tageslohn sind im Durchschnitt gezahlt worden bei den Ausrüstungs- und Fabrikationsarbeiten 3,50 Mark, bei den Schiffsbauarbeiten 4,26 Mark, bei den Maschinen- und Torpedowerkstätten 4,62 Mark, bei den Maschinenwärtern, Kesselwärtern und Heizern 3,53 Mark, bei den Wächtern, Boten, Bureau- und Kassandieren 3,35 Mark, bei den Schreibkräften 3,33 Mark, bei den Handlangern 2,90 Mark, bei Lehrlingen und Jungen 1,30 Mark und bei Arbeiterinnen (Wäscherinnen, Fäbrierinnen u. s. w.) 2,16 Mark. Die tägliche Dauer des planmäßigen Dienstes des Personals beträgt bei 712 mittleren und unteren Beamten bis 8 Stunden, bei 8 Beamten 8—9 Stunden, bei 910 Beamten 9—10 Stunden, bei 18 Beamten 10—11 Stunden, bei 52 Beamten 11—12 Stunden, bei neun Beamten (Büroanwärtern) 12—13 Stunden und bei 76 Beamten 14—15 Stunden; diese Beamten haben 10 Stunden Arbeitsdienst, die anderen 4—5 Stunden haben sie auf den ihnen zur Verfügung überwiesenen Schiffen zuzubringen. Für die Arbeiter beträgt die tägliche Dauer des planmäßigen Dienstes in den weit überwiegenden Fällen 9—10 Stunden, nur die Feuerwache, einige Bureauarbeiter und einige Wächter haben 14—15 Stunden Dienstzeit.

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 13. Dezember.** Beim Kaiser fand heute ein militärisches Diner statt, an welchem der Reichskriegsminister v. Krieghammer, der österreichische Landesverteidigungsminister Graf Welsersheimb, zahlreiche hohe Offiziere des Heeres und der Marine sowie mehrere auswärtige Militär-Attachees, darunter auch der deutsche Oberstleutnant Graf v. Moltke, theilnahmen.

**Prag, 13. Dezember.** Die verfertigte Uebertragung des Oberkommandos über die beiden in Böhmen befindlichen Armeekorps, die bisher gesonderten Kommandos unterstanden, an den Prager Kommandirenden, Grafen Grünne, wird vielfach besprochen. Man bringt die Maßregel, die eine rasche Konzentration der Truppen ermöglicht, mit den Erörterungen in Zusammenhang, die bei der Veranziehung von Verstärkungen während der Prager Revolution gemacht wurden. — In der abgelaufenen Woche wurden von 60 in Böhmen erscheinenden deutschen Zeitungen 30 be-

schlagnahmt. Heute verließen die deutschen Monatsblätter sämtlich dem gleichen Schicksal. Den Schülern der Mittelschulen, in denen Militär einquartiert ist, wurde angetrahen, sich in die Heimath zu begeben, da vor Neujahr in keinem Falle mehr Unterricht erteilt werden würde. — In der gestrigen Vorstellung des böhmischen Nationaltheaters wirkte ein polnischer Schauspieler mit. Dies gab Anlaß zu einer Demonstration für die czechisch-polnische Verbrüderung. Der Direktor wurde darauf polizeilich vernommen.

**Prag, 13. Dezember.** Am 9. Dezember wurde während der Abendvorstellung im königlichen deutschen Lusttheater gegen Schluß des dritten Aktes von Sicherheitsorganen an der der Universität gegenüberliegenden Ausgangstür eine aus einer Blechbüchse bestehende Bombe gefunden. Dieselbe war an der Kante der Tür befestigt; am Boden befand sich eine schmale ca. 1 Zentimeter lange Blechbüchse, durch welche die Bombe geführt war. Letztere brannte zur Zeit der Auffindung und wurde von den Sicherheitsorganen ausgelöscht. Nach Aussage von Sachverständigen war die Bombe geeignet, im Falle der Explosion bedeutenden Schaden herbeizuführen. Das zahlreich im Theater anwesende Publikum hatte von dem Vorfalle keine Kenntniz. Selbstverständlich wurden sofort die strengsten Beobachtungsmaßregeln bei beiden deutschen Theatern eingeleitet, so daß einer Wiederholung ähnlicher Vorfälle vorgebeugt zu sein scheint.

**Prag, 13. Dezember.** Das Bürgermeisterrath theilte den Rektoren beider Hochschulen ein Schreiben des Korpskommandos mit, in welchem es von letzterem ersucht wurde, dahin zu wirken, daß die Studenten jedes provokatorische Verhalten gegen das Offizierskorps vermeiden. Die Studentenschaft beabsichtigt nun, an das Korpskommando ein Schreiben zu richten, in dem sie zum Himmelsdamm, daß das maßvolle Verhalten der deutschen Studenten in der Stadt allgemeine Billigung gefunden, das Ansehen des Korpskommandos als Gimmung in Studenten-Angelegenheiten erklärt und konstatirt, daß das Provokiren nicht ihrerseits erfolgt sei. Im Uebrigen wissen die Offiziere, was sie bei Provokationen zu thun haben. Gestern erschien eine Deputation der gesamten deutschen Studentenschaft beider Hochschulen beim Bürgermeister. Als Sprecher legte Stud. jur. Baldauf auseinander, daß das Schreiben des Korpskommandos an den Bürgermeister nur in Folge falscher Informationen gerichtet werden konnte, und daß mit weit größerer Berechtigung der Studentenschaft die Anerkennung für ihr maßvolles Verhalten gebührt hätte. Bürgermeister Dr. Graf gab der Studentenschaft den Rath, sich in keinerlei Konflikte mit dem Militär einzulassen.

### Spanien und Portugal.

General Weylers Auftreten nimmt, obwohl er jedes politische Ziel befreit, doch einen revolutionären Charakter an, so daß die Regierung genöthigt sein wird, Schritte gegen den General zu unternehmen. In seiner Panflettre in Palma, deren Wortlaut erst jetzt bekannt wird, zog General Weyler sogar die Königin-Regentin in die Debatte und spielte deutlich auf die Möglichkeit eines Sturzes der Dynastie an. General Weyler liebt es offenbar nicht bloß mit den Carlisten, sondern auch mit den Republikanern. Ob auch die Regierung wagen wird, scharf gegen den General vorzugehen, dessen Popularität wächst, scheint zweifelhaft.

Den Carlisten selbst es nur noch an zwei Dingen, um einen neuen Carlistenkrieg zu beginnen, an einem Feldherrn und an Geld. Den Feldherrn scheinen sie also in General Weyler beinahe schon gefunden zu haben, wenn sich nicht noch rechtzeitig ein spanischer Voulantgeiststörber, mit einem Worte ein spanischer Constant einfällt.

**Madrid, 12. Dezember.** Ueber die teuflische Granafrankeit der kubanischen Insurgenten macht der kubanische Berichterstatter des „**Imparcial**“ Entsetzen erregende Mittheilungen. „Die Insurgenten nahmen, wie bekannt, in den letzten Tagen des Monats November die von einer kleinen spanischen Garnison heldenmüthig verteidigte Stadt Guisa ein, die jedoch am 5. Dezember von den Spaniern unter der Führung des Obersten Tovar zurückerobert wurde. Als die spanischen Truppen in die verwüstete Stadt einzogen, bot sich ihnen ein Grauen erregendes Bild dar. Unter den Trümmern der

im Allgemeinen zu den seltenen Gerichtsentcheidungen in Miethsachen, und wegen ruhstehenden Lärms in der Miethwohnung wurden vernünftige Entscheidungen nur in sehr vereinzelt Fällen erreicht. Um so bemerkenswerther ist eine kürzlich ergangene Entscheidung des Berliner Amtsgerichts I, wodurch eine in der Gedächtnisstraße wohnende Familie zur sofortigen Räumung der Wohnung verurtheilt wurde, weil sich die Ehefrau und auch andere Familienmitglieder schwer gegen die Hausordnung vergangen hatten. Es war durch Zeugenvernehmung festgestellt worden, daß in der Wohnung des Miethers zweimal lärmende Festlichkeiten stattgefunden hatten, die eine dauerte bis ein Uhr Nachts, die andere bis 10 Uhr Abends; bei der letzteren sollen sich Personen in der betreffenden Wohnung so lebhaft bewegt haben, daß in der eine Treppe tiefer gelegenen Wohnung die dortige Mietherin ihre Hängelampe ergittern sah und deren Herunterfallen befürchtete. Ein anderes Mal hat die Ehefrau des verurtheilten Miethers aus dem Fenster hinaus geschimpft und weiter hatte sie sich in einen Streit eingelassen, der auf dem Hofe zwischen dem Hausverwalter und einem Knaben ausgebrochen war. In diesem Verhalten erblickte das Amtsgericht einen Verstoß gegen die Hausordnung, welche auf die Verhütung ruhstehenden Lärms die Ermahnung zulaßt. Das Bärmen hatte erst stattgefunden, nachdem dem Verurtheilten die Wohnung gekündigt worden war. Bei dem Schimpfen zum Fenster hinaus hatte die Ehefrau des Miethers grobe Schimpfworte gegen eine andere Mietherin gebraucht, und diese hatte der Verurtheilten erklärt, daß sie selbst ziehen würde, wenn die Ehefrau des Verurtheilten nicht aus dem Hause entfernt würde. Der verurtheilte Miether wurde auf Grund dieser Vorkommnisse zur sofortigen Räumung verurtheilt. Auf die noch zu zahlende Mieth vergütete die Mietherin.



